



Kurswechsel

Heft 3/2001

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Europa unterwegs ins 21. Jahrhundert

Editorial	3
Andreas Pribersky Politische Kultur(en) in Ostmitteleuropa – Wiederkehr der Geschichte?	6
Susanne Schunter-Kleemann Gender Mainstreaming – neoliberaler Horizonte eines neuen Gleichstellungskonzepts	15
Hans-Jürgen Bieling Staat, Zivilgesellschaft und New Governance in der Europäischen Union	26
Roy Green Social Europe and the Third Way: The »New Labour« Challenge to European Social Policy	36
Silvia Angelo, Johannes Schweighofer Makroökonomische Koordinierung auf EU-Ebene	49
Viktor Scherz Marginalien zur demokratischen Legitimität der Europäischen Zentralbank	62
Christine Mayrhuber Haushaltssanierung im Dienste der europäischen Pensionsreformpolitik	73
Jörg Huffschnid Alternativen zur Wirtschaftspolitik in Europa – Diskussion und Vorschläge der »Alternativen European Economists« (Euromemo-Gruppe)	82
Die Autorinnen und Autoren	92

Kurswechsel

Offenlegung der Blattlinie gemäß Mediengesetz

Die Zeitschrift Kurswechsel ist das Mitteilungsblatt des Vereins »Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen« mit Sitz in Wien. Der Inhalt der Zeitschrift orientiert sich an § 2 des Statuts: »Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.«

Eigentümer und Herausgeber

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)

A-1015 Wien, Postfach 162

E-mail: beigewum@iname.com

Homepage: <http://www.beigewum.at>

Verleger

Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., A-1040 Wien, Große Neugasse 35, Fax: (43) 01/586 80 70-4

Redaktion

Silvia Angelo, Joachim Becker, Nadja Bergmann, Andrea Grisold, Ulrike Rebhandl, Beat Weber

Hefredaktion

Vanessa Redak, Engelbert Stockhammer

Umschlag

Thomas Kussin

Satzbelichtung

VISCOM Ges. f. Mediendesign GmbH, Wien

Druck

REMAprint, Wien

Bankverbindungen

Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H.

Bank Austria AG 684 055 114

Zulassungsnr.: 1104 50 W 88 U

ISBN 3 85449 193 X

ISDS International Series Data Systems, Paris

Registered as: ISSN 1016 8419. Key Title: Kurswechsel

© 2001 BEIGEWUM. Alle Rechte vorbehalten

Preis

Einzelheft öS 145,- / Euro 10,50 (zuzüglich Porto)

Normalabonnement öS 400,- / Euro 29,-

StudentInnenabonnement öS 250,- / Euro 18,- (Vorlage einer Inskriptionsbestätigung)

Auslandsabonnement öS 500,- / Euro 36,-

Bestellungen an: **Sonderzahl Verlag / Kurswechsel** Große Neugasse 35, A-1040 Wien

Fax: 586 80 704

E-mail: sonderzahl-verlag@chello.at

Editorial

Die Europäische Union steht am Vorabend der Einführung einer gemeinsamen Währung bzw. kurz vor großen Erweiterungsrunden in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch als eine Gemeinschaft da, die von primär wirtschaftlichen Interessen getragen wird und deren politischer Zusammenhalt ein äußerst fragiler ist. Gleichzeitig bemühen sich Regierungen, das EU-Parlament und die EU-Kommission (die noch von den letzten Skandalen gezeichnet ist) um vielzitierte »Bürgernähe«.

Auf dem Weg zu einer politischen Union kommen Begriffe wie »New Governance« auf, in den Vertragsrevisionen wird dem Parlament mehr Mitbestimmung gegeben und auch auf Ebene der Mitgliedstaaten entwerfen Staats- und Regierungschefs wie Schröder und Jospin Konzepte für die Zukunft Europas. Trotz allem bleibt das Gefühl, die wirklich »wichtigen« Entscheidungen, insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik, fallen in Brüssel hinter verschlossenen Türen und sind in ihrem Zustandekommen unbeeinflussbar. »Demokratiedefizit« ist in diesem Zusammenhang ein oft gebrauchtes Wort.

Es wurde – und wird immer noch – viel geschrieben zur Europäischen Union; nicht zuletzt auch von Seiten des BEIGEWUM. Dieses Heft versucht vor allem die vielfältigen (demokratie-)politischen Aspekte jüngster Entwicklung in der EU (bzw. ihren zukünftigen Mitgliedsländern) näher zu beleuchten. Welche Diskurse prägen die momentane Politik, was ist neu und wo setzen sich alte Muster fort. Dabei wird der Bogen von der Frage nach der Existenz einer europäischen Zivilgesellschaft über den aktuellen Diskurs zur Chancengleichheit von Männern und Frauen bis hin zu den wirtschaftspolitischen Themen, den ihnen zugrundeliegenden Ideologien und möglichen Alternativen gespannt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Ereignisse des Regierungswechsel in Österreich und Italien stellt sich *Andreas Pribersky* die Frage, welche politischen Kulturen Ost- und Mitteleuropa derzeit dominieren. Gerade die Regierungseteiligungen der Rechten in einigen osteuropäischen Ländern werden in der öffentlichen Auseinandersetzung kaum wahrgenommen, der politische Wandel, der sich seit 1989 vollzogen hat, nur oberflächlich analysiert. Welches politische Selbstverständnis die rechten Parteien prägen, wird in diesem Artikel v. a. über eine Betrachtung der symbolischen Ebene ihrer Politik diskutiert.

Susanne Schunter-Kleemann versucht den momentan modernen Begriff des »Gender-Mainstreaming« hinsichtlich seiner Chancen und Risiken zu hinterfragen. Sie kommt dabei zu einer durchaus kritischen Einschätzung hinsichtlich der erwarteten positiven Effekte des neuen Ansatzes. In ihrer Analyse zeigt sie auf, dass einerseits aufgrund der Genese des Begriffs aus einem US-amerikanischen Manage-

mentkonzept und andererseits aufgrund des fehlenden »kämpferischen« Anspruchs des Konzepts die Gefahr des Gender Mainstreaming darin liegt, Frauenförderung in ihrer bisherigen Form zu verdrängen.

Hans-Jürgen Bieling geht in seinem Beitrag der Frage nach, ob und in welchem Sinne es in Europa eine Zivilgesellschaft bereits gibt bzw. geben kann. Während die klassische Integrationsforschung aufgrund des Nichtvorhandenseins einer europäischen Identität bzw. ausreichender demokratischer Partizipationsformen noch keinen Hinweis auf eine genuin europäische Zivilgesellschaft sieht, macht Bieling doch bereits Anzeichen einer solchen aus.

Der ideologischen Basis und der konkreten Politik der Neuen Linken in Europa, genauer in Großbritannien, geht *Roy Green* in seinem Beitrag nach. Flexibilisierung und Deregulierung sind zu den Voraussetzungen eines modernen Wohlfahrtsstaates geworden, der nach US-amerikanischem Muster gestaltet werden soll. Zwar steht die britische Labour positiver zu Europa als ihre Vorgänger, die Tories, allerdings nur insoweit als es der Realisierung weiterer Marktliberalisierungen dient. In einem Europa mit sozialen Mindeststandards und Mitbestimmungsrechten sieht die neue Labour jedenfalls nicht ihr Ziel.

Silvia Angelo und Johannes Schweighofer zeigen in ihrem Artikel, ausgehend von einer Darstellung der theoretischen Hintergründe, Notwendigkeiten und Möglichkeiten für eine makroökonomische Politikkoordinierung in Europa auf. Sie zeigen in ihrem Beitrag, dass es sowohl theoretische als auch empirische Belege für positive Effekte einer stärkeren Politikkoordinierung gibt. So wie die europäischen Koordinierungsprozesse allerdings derzeit gestaltet sind, können sie diese theoretisch möglichen positiven Ergebnisse sicherlich nicht realisieren.

Mit der wirtschaftspolitischen Logik setzt sich *Christine Mayrhuber* am Beispiel der Pensionen in ihrem Beitrag auseinander. Die Europäische Kommission sieht in der Alterung der europäischen Bevölkerung ein Gefahrenpotential. Die demographische Verschiebung der kommenden Jahrzehnte kann zum Aushöhlen des europäischen Sozialmodells führen und das Wirtschaftswachstum und die wirtschaftlichen Stabilität gefährden, wenn keine gegensteuernden maßgeblichen Pensionsreformen durchgeführt werden. Wie Mayrhuber zeigt, dient »Alterung« nur als ein Argument für einen weiteren Rückzug des Staates aus der Alterssicherung und einer stärkeren Förderung der Marktkräfte und der damit verbundenen Interessen.

Wie demokratisch kann und soll die Europäische Zentralbank sein? Dieser Frage geht *Viktor Scherz* in seinem Artikel nach. Demokratie fragt nach der Legitimation von Herrschaft. Der Neoliberalismus bietet ein solides gesellschaftspolitisches Fundament einer minimalistisch konzipierten demokratischen Legitimität der EZB. Die kritische Alternative einer politisierten Öffentlichkeit, die Experten von Ideologen zu scheiden weiß, Effizienzfragen mit Verteilungsaspekten junktimiert, institutionelle Machtverschiebungen in der Europäischen Integration auf ihre Legitimation befragt und die Finalität der EU als politische Frage konzipiert, bleibt bislang im Feld normativer Überlegungen. Erst Risse in der Hegemonie des Neoliberalismus würden eine normativ anspruchsvollere demokratische Legitimität der EZB zu einem emanzipatorischen nachzuholenden Projekt machen.

Auf der Suche nach wirtschaftspolitischen Gegenpositionen ist *Jürg Huffschild* in seiner Darstellung der Diskussionen und Vorschläge der »Alternative European Economists«. Vor dem Hintergrund zunehmender Verteilungsungleichheit in der

EU werden zu den Themen Erweiterung, Beschäftigung und Budgetpolitik mögliche Alternativen aufgezeigt. Er geht der Frage nach, was hinter einer Sozialunion wirklich stehen kann und welche Mindeststandards dabei erfüllt sein müssen.

Silvia Angelo

Unternehmensrestrukturierung
w w w . G B I . a t